

Anarcho Syndikalismus *international*

Nr.9, Herbst 2019

BRITANNIEN

Gegen Ausbeutung im Praktikum

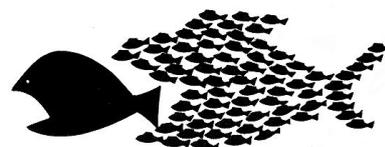
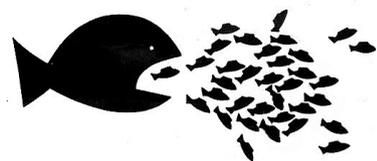
Die Basisgewerkschaft Solidarity Federation in der südenglischen Stadt Brighton kämpft seit Mai 2019 für die Rechte eines ihrer Mitglieder, das anstatt des vereinbarten qualifizierenden Praktikums beim Friseur „CJ Barbers“ zweieinhalb Monate in Vollzeit bloß für eine „ehrenamtliche“ Aufwandsentschädigung schuftete musste.

Da dies offensichtlich reguläre Erwerbstätigkeit war, die nicht angemessen nach Mindestlohn entlohnt und auch keine andere vertragliche Regelung getroffen wurde, versucht die SF-IAA wegen fehlender Gesprächsbereitschaft des Unternehmens nun mit Protestkundgebungen und Boykottaufrufen die rechtlich zustehenden Zahlungen in Höhe von etwa 2.800 Euro durchzusetzen.

Dabei kam es am 20.06. zu einem gewaltsamen Angriff des Besitzers, der gemeinsam mit dem Manager, die Gewerkschaftskundgebung wiederholt attackierte. Er zerschlug sein Mobiliar, bedrohte damit die Umstehenden, zerriss Banner und Flugblätter und ging mit körperlicher Gewalt gegen die friedlichen Demonstrant*innen vor.

Als diese sich nicht provozieren ließen und ihren Protest fortsetzten, schubste und würgte er die Gewerkschafter*innen, wobei er auch filmenden Leuten das Handy aus der Hand schlug. Ein Video dieses Angriffs auf die Organisationsfreiheit, bei dem glücklicherweise keines der Gewerkschaftsmitglieder verletzt wurde, findet sich als Dokumentation bei [Vimeo.com](https://www.vimeo.com).

Zwar sind die beiden Arbeitgeber im Laufe der Protestkampagne bereits mit gewaltsamen Übergriffen und Todesdrohungen aufgefallen, aber die Solidarity Federation ist fest entschlossen diesen Konflikt weiterzuführen, trotzdem noch eine Verhandlungslösung anzubieten und sich nicht gewaltsam von Kundgebungen abhalten zu lassen – bis die ausstehenden Löhne gezahlt werden. Daher



hat sie trotzdem weitere Proteste vor dem Lokal durchgeführt, ohne dass es zu weiteren Übergriffen gekommen ist, da der Betrieb dann vorsichtshalber geschlossen blieb.

Solidarität im Arbeitskampf:
Ein Angriff auf eine*n ist ein Angriff auf alle!

Solidarity Federation Brighton

<http://www.brightonsolved.org.uk>

BANGLADESCH

Globale Erwärmung: Kapitalismus abschaffen!

Während das Klima heißer wird, verwandelt es weltweit die natürliche Art von Regen, Verdunstung, Schnee, Wasserfluss und anderen Bedingungen, was sich auch auf die Wasserversorgung und -qualität auswirkt. Besonders die Erwärmung der Gewässer hat Folgen für die Wasserqualität und erhöht den Grad der Verschmutzung.

Vor einiger Zeit [2016] hatte die Weltbank einen Bericht veröffentlicht mit dem Titel: „Schockwellen: Verwaltung der Folgen des Klimawandels auf die Armut“. [1] Darin wurde vorhergesagt, dass die weltweite Erwärmung in den kommenden eineinhalb Jahrzehnten rund 100 Millionen Menschen zusätzlich in extreme Armut stürzen wird.

Das bedeutet, dass das Einkommen dieser 100 Millionen unter einen Tageslohn von 1,70 Euro sinken wird. Dadurch werden zu den bisher etwa 700 Millionen Menschen, die nach der Definition der Weltbank in „extremer Armut“ leben, weitere Millionen hinzukommen.

(Fortsetzung auf S. 5)

GLOBAL

Klimastreik am 20.09.

Wir unterstützen den Aufruf von „Fridays For Future“ zu direkten Aktionen gegen die vom industriellen Kapitalismus ausgelöste Klimakatastrophe.

Der Protest ist Teil des globalen Aktionstags

„Alle für's Klima“

Treffpunkt: 11 Uhr, Hans-Böckler-Platz (Bhf West)

*„Am 20. September wird gestreikt! Egal ob Schüler*in, Studierende*r, Elternteil, Arbeiter*in, Rentner*in oder Haustier! Am 20. September rufen wir ganz Köln dazu auf, Seite an Seite mit uns auf die Straße zu ziehen, um gegen die Klimakrise zu demonstrieren!“*

*Lasst uns gemeinsam Sofortmaßnahmen im Sinne des Klimaschutzes fordern, die auch kommenden Generationen eine Zukunft ermöglichen können!
Wir sehen uns am 20. September auf den Straßen!
#AlleFürsKlima #FridaysForFuture“*

Außerdem wird weltweit in rund 150 Staaten zu Klimaprotesten vom 20.-27.09. ([#Climatestrike](#)) aufgerufen, um den leeren Versprechungen aus Politik und Wirtschaft nun an der gesellschaftlichen Basis Taten folgen zu lassen und die tägliche Routine des zerstörerischen Produktions- und Konsumwachstums zu durchbrechen.

Auch das ASN Köln wird sich den jungen Menschen auf der Straße anschließen, die mit einer Aktionswoche für globale Klimastreiks kämpfen und ein Ende des fossilen Zeitalters durch dringend nötige kollektive Maßnahmen gegen den Klimakollaps fordern.

Grüne Jobs statt brauner Kohle - Gegen den Strom aus Kohle und Atom

Sichern wir mit ökologischer Energie die kommunale Selbstversorgung für alle. Stoppen wir gemeinsam die Klimakatastrophe des fossilen Kapitalismus. Eine globale, soziale Klimagerechtigkeit heißt auch: Solidarität mit allen Flüchtlingen. Kämpfen wir für Gesundheit und Naturschutz anstatt Ausbeutung und Krieg!

Keine Arbeit auf Kosten des Lebens!

Anarchosyndikalistisches Netzwerk – ASN Köln

INDONESIEN

Polizei-Schikane gegen Basisgewerkschaft PPAS

Am 16.08. fand in Jakarta eine Protestaktion gegen das repressive Arbeitsrecht in Indonesien statt, die von der Staatsmacht angegriffen wurde. Die Teilnehmer*innen wurden im Polizeigewahrsam geschlagen, alle mussten Mobiltelefone und Urinproben abgeben - bei Drogenbesitz droht Todesstrafe!

Mittlerweile sind die Betroffenen wieder auf freiem Fuß und die Basisgewerkschaft „Persaudaraan Pekerja Anarko Syndikalis“ (PPAS) hat in der Hauptstadt für den folgenden Tag eine Veranstaltung über die Arbeiter*klasse und den Anarchosyndikalismus organisiert.

Diese erneute Polizeigewalt setzt die Unterdrückung selbstorganisierter Arbeitskämpfe fort, die zuletzt am 1.Mai für internationaler Empörung gesorgt hatte als dutzende festgenommene Demonstrant*innen auf der Straße ihre Kleidung ausziehen und sich die Köpfe rasieren lassen mussten, bevor sie wie Vieh in offenen Pick-Ups zur Polizeiwache transportiert wurden.

Solidarität gegen Repression und Polizeistaat!

Kontakt: <https://twitter.com/jktppas>

<https://www.facebook.com/anarchosyndicalistfederatio/>



SPANIEN

Neue Gewerkschaftszeitung *CNT-AIT*

In der ersten Ausgabe (Mai/Juni) wurde natürlich über die anarcho-syndikalistischen Demonstrationen und Aktionen am Ersten Mai berichtet. Aber auch ein Rückblick auf den Internationalen Frauentreiktag 08. März war enthalten und das anarchofeministische Kollektiv "Banfennid" wurde vorgestellt. Darüber hinaus wurde die Frage behandelt, was libertäre Pädagogik ist – oder sein könnte. Weitere Themen waren unter anderem ein Hungerstreik von Gefangenen, ein Aufruf zum Wahlboykott und die erste anarcho-syndikalistische Konferenz in Bangladesch.

In der danach erschienenen, zweiten Ausgabe (Juli/August) wird sich dem Thema Wohnraum im Rahmen der egoistischen Ideologie im Kapitalismus kritisch genähert und das Stadtteil als umkämpftes Gebiet zwischen Widerstand und Gentrifizierung betrachtet. Außerdem gibt es dort Berichte über verschiedene Solidaritätsaktionen, welche die Lokalföderation Madrid aktuell organisiert hat, wie z.B. zur Unterstützung von Arbeitskämpfen in Toledo (*Vertize Gala*) oder Almería (*Taco Bell, Dunkin Coffe*).

Aber auch über Gewerkschaftsaktivitäten vor Ort wird berichtet, darunter die Konflikte beim Naturpark *Faunia* (bzw. Freizeitpark *Parques Reunidos*) und bei der Reinigungsfirma *Serlingo*, sowie in der Stadtverwaltung von Madrid. Darüber hinaus werden im aktuellen Heft die Themen Mobbing bzw. Belästigung am Arbeitsplatz und tödliche Arbeitsunfälle behandelt.

Außerdem berichtet die Gefangenen-Solidaritätsgruppe über den Tod von Pedro Escudero Gallardo, der in der galizischen Kleinstadt Teixeira (Provinz La Coruña) inhaftiert war. Die Isolationsfolter durch das FIES-Haftsystem in spanischen Gefängnissen wird ebenso in einem Artikel beleuchtet, wie die aktuelle Repressionswelle in Italien unter dem faschistischen Innenminister Salvini.

Weitere Themen sind die Kämpfe um Anerkennung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt (LGTBI+), aber auch die Notwendigkeit der anarchofeministischen Organisation. Ein anderer Artikel beschäftigt sich mit der Geschichte der spanischen Sektion der „Internationalen Arbeiter*innen-Assoziation“ ([IAA](#)) seit ihrer Gründung im Jahr 1868 bis heute. Ein Interview mit der Radiogruppe „El Coño Records“ im Lokalfunk „Radio Vallekas“ runden die

Vielfalt der Beiträge ebenso ab, wie zwei Literaturempfehlungen.

In der dritten Ausgabe vom Herbst 2019 wird über prekäre Arbeitsbedingungen bei Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) berichtet. Am Beispiel des aktuellen Arbeitskampfes bei der Stiftung "Fundación Plan International España" und wie dort die Solidarität marktförmig gehandelt wird.



Außerdem gibt es einen erfolgreich gelösten Konflikt an der Universität "Carlos III de Madrid" (UC3M) zu vermelden, wobei nun nach jahrelangen Protesten der Betriebsgruppe endlich auch gerichtlich festgestellt wurde, dass es sich bei der erbrachten Tätigkeit nicht um ein "Stipendium" handelt, sondern um Lohnarbeit, die entsprechend bezahlt werden muss.

Weitere Beiträge beziehen sich auf die Geschichte der anarcho-syndikalistischen Föderation in der Region Spanien, die 1870 Teil der Internationalen Arbeiter*innen-Assoziation (IAA) wurde. Andere Texte behandeln z.B. die Geschlechterungleichheit bei Bezahlung und Familienaufgaben, eine Kritik der romantischen Liebesbeziehungen oder auch die Waldbrände rund um Madrid. Außerdem gibt es einen Artikel zu dem Sommercamp der "Coordina-

dora Obrera Anarquista" (Koordination anarchistischer Arbeiter*innen, COA) in Cabo Cope in der Region Murcia.

Die Lokalföderation Madrid, die regelmäßige Beratungsangebote und Versammlungen in ihrem Gewerkschafts- haus der CNT-IAA an der „Plaza Tirso de Molina“ anbietet, besteht zur Zeit aus drei Gewerkschaftsgruppen: der „Ver- einigung aller Berufe“ (Allgemeines Syndikat) und ihrer Sektion Metall-Bergbau-Chemie, sowie dem Branchen- syndikat „Bildung und Sozialarbeit“.

Mehr Infos auf <https://cntmadrid.org>

POLEN

Wrocław: Kundgebung am Gericht

Zur Unterstützung des wegen eines angeklagten Kollegen der polnischen Post hatte die Basisgewerk- schaft Związek Syndykalistów Polski (ZSP-IAA) am 24.07. vor dem Gericht der niederschlesischen Großstadt Wrocław (dt.: Breslau) eine Protestaktion organisiert.



Dem Angeklagten wird Teilnahme an einem wilden Streik und Beleidigung der reformistischen und bürokratischen Gewerkschaft Solidarność vorgeworfen, aber die Urteilsverkündung wurde vorerst noch verschoben.

Hintergrund des Gerichtsverfahrens ist eine breit angeleg- te Repressionwelle gegen die ZSP-IAA, da diese 2017 den Streik der Postarbeiter*innen unterstützt und Protestaktionen mitorganisiert, sowie die Gewerkschafts- bürokratie der Solidarność kritisiert hatte. Bereits Anfang 2018 fand daher eine internationale Aktionswoche zur Unetrstützung der kämpfenden Arbeiter*innen statt.

Infos unter <https://zsp.net.pl/zsp/english>

FRANKREICH

Institutionelle Ausbeutung in Alten- und Pflegeheimen

Seit Anfang Sommer 2019 findet eine riesige Streikwelle in der französischen Gesundheitsbranche statt. Vor allem in Altenpflegeheimen (EHPAD) und Krankenhaus-Notaufnahmen kämpft diese Bewegung für die Würde der Arbeiter*innen und der Krankenhaus-Patient*innen.

Das Neue an dieser Streikbewegung ist, dass sie von den Arbeiter*innen selbst gestartet wurde, die von der Dynamik der Gelben Westen beeindruckt waren und sich unab- hängig von den Gewerkschaften organisiert haben (die nun versuchen die Streiks zu übernehmen und in geord- nete Bahnen zu lenken).

Mehr über die Hintergründe dieser Arbeitskämpfe in einem englischsprachigen Artikel der anarchosyndikalistischen Basisgewerkschaft CNT-IAA aus Frankreich:

<http://blog.cnt-ait.info>

BANGLADESCH

Tee-Arbeiter*innen werden Grundrechte verweigert

Kürzlich hat die Anti-Korruptions-NGO *Transparency International Bangladesh* (TIB) eine Studie zu der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lage von Arbeiter*innen auf den Tee-Plantagen in dem südasiati- schen Land veröffentlicht. Demnach wird in keiner der Teeplantagen für Überstunden der doppelte Lohn gezahlt, obwohl dies im Arbeitsrecht verbindlich vorgeschrieben ist.

Trotz einiger in den letzten Jahren ergiffener Maßnahmen wurden auch die Lebensbedingungen der Tee- Arbeiter*innen in Bangladesch nicht zufriedenstellend verbessert, berichtete der Geschäftsführer von TIB:

„Die Tee-Gärten wurden während der britischen Kolonialzeit errichtet und durch Sklaven*arbeit betrieben, wobei sich das Muster zur Zeit ändert. Jedoch wird den Tee-Arbeiter*innen im Vergleich zu anderen Tätigkeits- feldern leider der Zugang zu grundlegenden Rechten verweigert“, sagte er.

Der geschäftsführende Direktor von TIB machte diese Anmerkung auf einem Seminar unter dem Motto „Arbeitsbedingungen und Arbeitsrechte in Teeplantagen: Aufgaben und Wege der Kontrolle“, die im Sitz der Organisation in der Hauptstadt Dhaka stattfand.

„Tee-Arbeiter*innen werden ihre fundamentalen Rechte verweigert, weshalb man sie in diesem Sinne als Sklav*innen bezeichnen kann.“

Der Studie zufolge verdienen Tee-Arbeiter*innen einen Tageslohn in Höhe von 102 Taka (1,09 Euro), wie im aktuellen Tarifabkommen zwischen den Tee-Arbeiter*innen und den Plantagenbesitzer*innen vereinbart. Der Monatslohn beträgt insgesamt ungefähr 5.231 Taka (55,65 Euro), womit er niedriger ist als in allen anderen Branchen des Landes. Außerdem werden in 28 der 64 Teeplantagen die kurzfristig Beschäftigten mit 50 bis 70 Taka am Tag (0,53 bis 0,74 Euro) schlechter bezahlt als die Festangestellten, welche einen Tageslohn von 85 Taka (0,90 Euro) bekommen.

Und obwohl die Besitzer*innen der Teeplantagen allen Tee-Arbeiter*innen und ihren Familien eine Unterkunft zur Verfügung stellen müssen, haben 32.299 der Festangestellten und Befristeten keine eigene Wohnung, berichtet das *Bangladesh Tea Board*. Hinzu kommt, dass einige der von den Besitzer*innen bereitgestellten Unterkünfte nur aus Holz und Blech gebaut sind, aber keine Türen, Fenster oder Zäune haben. In über 90 % der Fälle hat ein*e Arbeiter*in nur einen Raum zur Verfügung, der mit Eltern, Geschwistern, Ehepartner*innen, Kindern und Rindvieh geteilt werden muss. In 46 der 64 Plantagen wurden von den Eigentümer*innen auch keine Toiletten zur Verfügung gestellt.

Als Reaktion auf diese Studie und die unmenschliche Situation fordert die *Anarcho-Syndikalistische Föderation Bangladesh* (BASF) die Regierung auf, ein neues Lohnsystem für die Tee-Arbeiter*innen einzuführen und alle zwei Jahr anzupassen. Darüber hinaus erwartet die BASF von der Regierung, dass sie sich um Ausbildung, sanitäre Einrichtungen, Gemeinschaftsversicherung, Zuschläge, Löhne und einen Sozialfonds, sowie Trinkwasser für die Arbeiter*innen kümmern soll. Außerdem schlägt sie vor, dass die Aufsichtsbehörde für Fabriken und Einrichtungen noch öfter die Bedingungen vor Ort überprüfen soll.

Bangladesh Anarcho-Syndicalist Federation (BASF)

<https://www.bangladeshasf.org>

Übersetzung:

Anarchosyndikalistisches Netzwerk – ASN Köln

Fortsetzung von Titelseite: BANGLADESCH Globale Erwärmung: Kapitalismus abschaffen!

Die Leute in den ärmsten Ländern sind davon am meisten bedroht, besonders im Subsahara-Afrika und in Südasien. Wie der Bericht ausführt, wird der Klimawandel schreckliche Auswirkungen auf die Landwirtschaft und die Gesundheit der ärmsten Teile der Welt haben. Die Ernteerträge werden bis 2030 um 5% sinken und Naturkatastrophen, wie Überflutungen, werden häufiger auftreten. Auch Krankheiten werden sich weiter ausbreiten, vor allem in verarmten Weltregionen.

Im Jahr 2015 haben 195 Staaten das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet, also eine nichtverpflichtende Erklärung, um den weltweiten Temperaturanstieg auf „deutlich unter 2°C verglichen mit vorindustriellen Werten“ zu begrenzen. Mit ihren Unterschriften haben sie den Weltklimarat IPCC („Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen“) damit beauftragt einen Bericht zu verfassen, um die möglichen Auswirkungen der Erwärmung von 1,5°C mit einem Anstieg von 2°C zu vergleichen, sowie die nötigen Maßnahmen für das Erreichen des niedrigeren Wertes abzuschätzen.

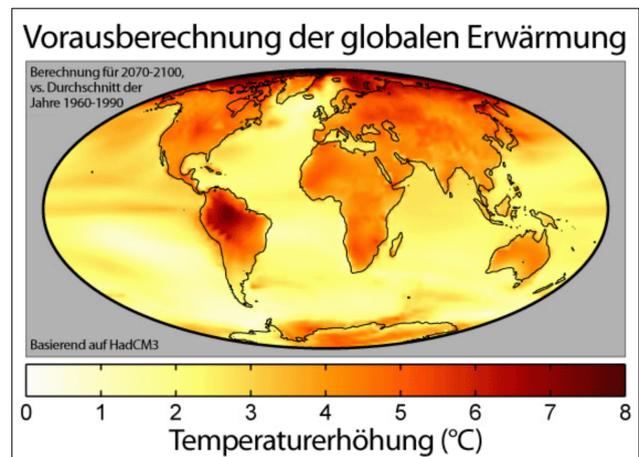


Foto: commons.wikimedia.org

Dieser Forschungsbericht wurde im Oktober 2018 als Zusammenfassung veröffentlicht [2], wobei die offizielle Version nicht von den beteiligten Wissenschaftler*innen verfasst worden ist. Die Formulierungen dieses Berichtes sind hingegen das Ergebnis politischer Verhandlungen, wobei das Original stark überarbeitet wurde. Durch veröffentlichte Geheimdokumente („leaks“) ist jedoch bekannt geworden, dass die USA und andere Regierungen ein Interesse an der Verharmlosung der Studienergebnisse hatten.

Der vollständige Bericht verdeutlicht jedoch, dass es auch zu schwerwiegenden Folgen kommen wird, wenn das Ziel einer Erwärmung von 1,5°C eingehalten würde. Es wird darüber hinaus festgestellt, dass es „eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit gibt, das durch die aktuellen Emissions-

verläufe und die derzeitigen nationalen Verpflichtungen die Erde um über 1,5°C mehr erwärmt wird, als in dem Pariser Abkommen vereinbart wurde...

So steht es in dem wissenschaftlichen Abschlussbericht, der zudem ausführt, dass bei der momentan geplanten Zusage von Kürzungen, die weltweite Temperatur um mehr als 3°C bis zum Jahr 2100 ansteigen wird. Falls diese Maßnahmen jedoch nicht umgesetzt werden, ist ein Anstieg um bis zu 7°C zu erwarten! Diese Studienergebnisse wurden in der veröffentlichten Zusammenfassung jedoch verschwiegen.

Der Bericht des Weltklimarates bestätigt daher die komplette Unangemessenheit des Pariser Abkommens und verdeutlicht die riesige Lücke zwischen schönen Worten und dringend nötigen Taten, wenn es darum geht, den Planeten für die menschliche Zivilisation (oder für Leben überhaupt) erhalten zu wollen. Dieses Klimaabkommen versagt in Bezug auf alle vier Maßnahmen, welche von Forscher*innen und Aktivist*innen als dringend notwendig erklärt wurden:



Foto:

commons.wikimedia.org

- Sofortige Energieumwandlung und schnelle, drastische Verringerung von Ausstößen

Diese Emissionsverringerungen – auch „Klimaschutz-Zusagen der Länder“ (INDCs) genannt – wurden von den Regierungen auf Grundlage ihrer eigenen Leistungsbereitschaft formuliert, aber nicht gemäß der wissenschaftlich ermittelten Notwendigkeiten, weshalb keines dieser Versprechen weit genug geht. Zum Beispiel werden die Emissionen von Flugzeugen und Schiffen nichtmal mit einbezogen, obwohl sie so hoch sind, wie die Ausstöße von Britannien und Deutschland zusammen. Gleichzeitig zeigt die krasse Verweigerung Australiens bis 2050 aus der Kohle auszusteigen, um die in Paris vereinbarten Ziele zu erreichen, wie absurd es ist, von einer kapitalistischen Macht zu erwarten die eigenen nationalen (Gewinn-)Interessen dem Überleben des Globus unterzuordnen.

Der weltweit größte Kohle-Exporteur erklärte, es sei „unverantwortlich“ die Empfehlungen des Weltklimarates einzuhalten und die Stromerzeugung mit Kohle zu beenden. Stattdessen ist es für die australische Regierung wichtiger die Strompreise im Inland niedrig zu halten, anstatt den Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern, die vier Jahre hintereinander gestiegen sind! Zwei Drittel der australischen Elektrizität werden durch Verbrennung von Kohle erzeugt und deren Ausfuhr belief sich im Geschäftsjahr 2017/2018 auf einem Höchstbetrag von etwa 37 Milliarden Euro.

In China hat das verlangsamte „Wirtschaftswachstum“ sogar die Regierung dazu gebracht, die Drosselung der Schadstoffausstöße in der Schwerindustrie wieder rückgängig zu machen, die erst kürzlich zur Verringerung der katastrophalen Luftverschmutzung erlassen worden waren. Mit anderen Worten: Das Ringen nach Frischluft darf nicht dem Gewinnstreben im Weg stehen.

- Angemessene Unterstützung für den Umbau in „Entwicklungsländern“

Nach Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA) wird der Wandel hin zu einer Welt ohne fossile Energie jährliche Ausgaben in Höhe von 900 Milliarden Euro bis zum Jahr 2020 benötigen. Rund zwei Drittel davon (603 Milliarden Euro) müssten dazu in den sogenannten „Entwicklungsländern“ ausgegeben werden, was einen bedeutenden Geldfluss von Nord nach Süd bedeuten würde. In den großen kapitalistischen Staaten leben zwar nur 10% der Weltbevölkerung, aber sie produzieren etwa 60% der heutigen Treibhausgase in der Atmosphäre. Im Pariser Abkommen wurde jedoch nur eine „Bewegung“ von jährlich 90 Milliarden Euro bis zum Jahr 2020 vereinbart, mit denen nicht nur die Emissionssenkungen, sondern auch die Anpassungskosten (siehe unten) bezahlt werden sollen.

Diese „Bewegung“ wird absichtlich unklar benannt, denn damit sind auch Kredite, Privatausgaben, bedingte Fördergelder und umgeleitete Hilfszahlungen gemeint. Sogar wurde von davon gesprochen, auch die von Migrant*innen in reichen Ländern nach Hause überwiesenen Gelder als eine Art Klimafinanzierung zu bezeichnen und zu den „bewegten“ Summen aus USA, Frankreich, Deutschland usw. hinzuzurechnen. Diese Summe ist jedoch winzig im Vergleich mit den etwa 4.770 Milliarden Euro, die jedes Jahr von den Regierungen in eine direkte oder indirekte Förderung von fossilen Energieträgern gesteckt wird.

- Gerechtigkeit für betroffene Menschen

Wie das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) feststellt, müssten die betroffenen Staaten zusätzlich zu den jährlich 603 Milliarden Euro teuren Emissionssenkungen noch weitere 135 Milliarden Euro

pro Jahr für Anpassungsmaßnahmen ausgeben, um sich vor den schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu schützen. Die in Paris vorgeschlagenen 90 Milliarden Euro pro Jahr betragen also weniger als 15% der offiziell benötigten Gelder!

Die größten Kapitalmächte sind zwar die schlimmsten Umweltverschmutzer*innen, doch die Idee, dass diese einen verhältnismäßigen Beitrag zu einer Lösung leisten, wurde im Interesse der USA und anderer Staaten entschärft. Das Pariser Abkommen spricht daher nur davon, dass die „entwickelten Länder“ bei der Bereitstellung von Geldern „die Führung übernehmen“ sollten, um bei dem „gemeinsamen Vorhaben“ aller Beteiligten mitzumachen.

- Schwerpunkt auf tatsächlich wirksame Aktionen statt falscher Lösungen

Das Klimaabkommen von Paris hat sich zum Ziel gesetzt, den menschengemachten Ausstoß von Treibhausgasen in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts zu verringern, doch das Ziel einer Begrenzung auf 1,5°C Temperaturanstieg benötigt das engültige Aus für fossile Energieträger [spätestens] bis zum Jahr 2050! Hinzu kommt, dass das Abkommen die weitere Verbrennung fossiler Rohstoffe „mit Ausgleich“ erlaubt, durch „Entnahme“ in Form der umstrittenen Kohlendioxid-Speicherung bzw. durch Geo-Engineering [3] oder Wiederaufforstung.

geltenden Umweltschutzregelungen umgehen können, sobald dadurch ihre Gewinnaussichten bedroht sind.

Kurz gesagt: Beim Pariser Abkommen handelt es sich eher um eine Übung in Öffentlichkeitsarbeit als um einen ernsthaften Plan zur Verringerung der Emissionen. Als sich US-Präsident Trump im Jahr zuvor daraus zurückzog, hatte dies kaum Folgen für die Vereinigten Staaten. Die Ziele des Abkommens sind mehr als geringfügig und kommen zu spät.

Denn der Kapitalismus tötet den Planeten! In Zahlen ausgedrückt wären nämlich die Kosten für die Beseitigung der Umweltverschmutzung höher als der Wert des im Bruttosozialprodukt gemessenen Wirtschaftswachstums – wobei das Pariser Abkommen versucht zu verschleiern, wer für seine halbherzigen Empfehlungen zahlen muss.

Das Artensterben und die Gifte in Nahrung, Wasser, Luft und Erde zeigen deutlich, wie der Kapitalismus den Planeten zerstört. Die Gewinne des Kapitals, die durch die Ausbeutung der Arbeiter*klasse entstehen, würden dahinschmelzen, wenn in ihnen auch die Umweltkosten der Produktion enthalten wären. Kein Klimaabkommen, kein falsches Recyclingversprechen oder sonstwas kann den Widerspruch aufheben zwischen einerseits dem Gewinnstreben des Kapitalismus und andererseits der Einsicht von Marx, dass es notwendig ist den nachfolgenden Generationen die Erde in einem besseren Zustand zu hinterlassen. Denn die Antwort darauf sollte allen Umweltschützer*innen offensichtlich sein: Schluss mit dem Kapitalismus!

Interessanterweise zeigt eine jüngste Umfrage, dass die Sorge um den Klimawandel die globale Klassenstruktur widerspiegelt. Die ärmeren Staaten, vor allem in Afrika und Lateinamerika, sprechen davon, dass der Klimawandel „höchst bedenklich“ ist. Im Gegensatz dazu und obwohl der Klimawandel von den internationalen Einrichtungen des Imperiums [4] als eine wirkliche Herausforderung erkannt wurde, sieht ihn weniger als die Hälfte der befragten Leute in den Vereinigten Staaten als ein schweres Problem an.

Bereit im „Kommunistischen Manifest“ hatte Karl Marx [1848] folgende berühmte Aussage gemacht:

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigner, Zunftbürger und Gesell, kurz, Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zu einander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete, oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen.“

Dabei wird oft vergessen, dass Marx die Revolution nicht als die einzig mögliche Folge des Klassenkampfes gesehen hat, denn es gibt auch eine andere Möglichkeit: unser

Ökologische Belastungsgrenzen

nach Johan Rockström, Stockholm Resilience Centre et al. 2009



Foto: commons.wikimedia.org

Mögliche Regelungen gegen zerstörerische Industrien, ein Stopp der Entwaldung oder ein Ende des Abbaus fossiler Brennstoffe werden nichtmal erwähnt. Das Abkommen spricht sich auch nicht gegen bestehende oder neue Handelsverträge aus, durch welche Unternehmen die

aller Untergang. Das ist die Wirklichkeit, der die Menschheit nun gegenüber steht. Der weltweite Kapitalismus zwingt unseren Planeten, unsere Heimatwelt, bis an den Rand seiner Möglichkeiten. Die Konsum- und Verschwendungskultur der [industrialisierten] „Ersten Welt“ hat die Umweltbelastung bis an eine Bruchstelle getrieben.

Die Mehrheit der Menschen, die globalen Armen, das Proletariat leidet. Eine Minderheit, die globalen Reichen, das Bürger*tum konsumiert mehr und mehr, verschwendet weiter und weiter. Wenn wir unseren gemeinsamen Untergang verhindern wollen, wenn es eine Zukunft für unsere Kinder und deren Kinder geben soll, dann müssen wir aufwachen. Wie sind die Mehrheit, wir sind die einzigen, die diesen Wahnsinn stoppen können – und die Zeit läuft ab. Jetzt ist der Moment gekommen, um die anarcho-syndikalistische Fahne des globalen Kampfes der Menschheit zu erheben. Denn die Frage lautet:

Untergang oder Revolution?

Bangladesh Anarcho-Syndicalist Federation – BASF

<https://www.bangladeshasf.org>

Anmerkungen:

1) siehe „Weltbank, grüner Freihandel und neoliberale Privatisierung“, <http://anarchosyndikalismus.blogspot.de>

2) siehe <https://www.de-ipcc.de/>

3) großtechnische Eingriffe in Erdkreisläufe, wie Sonnenstrahlen-Spiegelung oder Kohlendioxid-Speicherung

4) Die dezentrale Weltordnung wird auch als das globale Imperium des Kapitalismus gesehen (siehe „Empire“ von Antonio Negri / Michael Hardt)

Übersetzung [und Anmerkungen]:
Anarchosyndikalistisches Netzwerk – ASN Köln

USA

Labor Day 2019

Vorwärts im Klassenkampf!

Vor über hundert Jahren brachte 1894 der unter Druck stehende amerikanische Präsident Grover Cleveland den US-Kongress dazu, den "Labor Day" als landesweiten Feiertag am ersten Montag im September anzuerkennen, der bereits 1882 von der "Central Labor Union" in New York begangen worden war.

Infolge des wilden Streiks in der Eisenbahnfabrik "Pullmann", bei dem dreizehn Arbeiter*innen von Marshals [der Justizpolizei USMS] und Soldaten ermordet wurden, sah sich Cleveland gezwungen die Massen mit dem

"Labor Day" ein paar Krümel hinzuwerfen. Durch diesen anscheinend klugen Entschluss verhinderte er, dass der Feiertag nicht am "Internationalen Tag der Arbeit" oder in dessen Nähe stattfinden würde.

Denn am Ersten Mai gedenken Arbeiter*innen weltweit an das, inmitten der USA stattgefundenen Haymarket-Massaker von Chicago 1886, und rufen oft zum radikalen Wechsel oder sogar Revolution auf. Dabei ist sonnenklar, dass diese Krümel des "Labor Day" die leeren Mägen der Arbeiter*innen nur kitzeln konnten, da sie doch ein besseres Leben einforderten. Diese Geschichte des Kampfes wurde im historischen Verlauf fortgesetzt und die neuesten Kapitel werden gerade vor unseren Augen geschrieben.

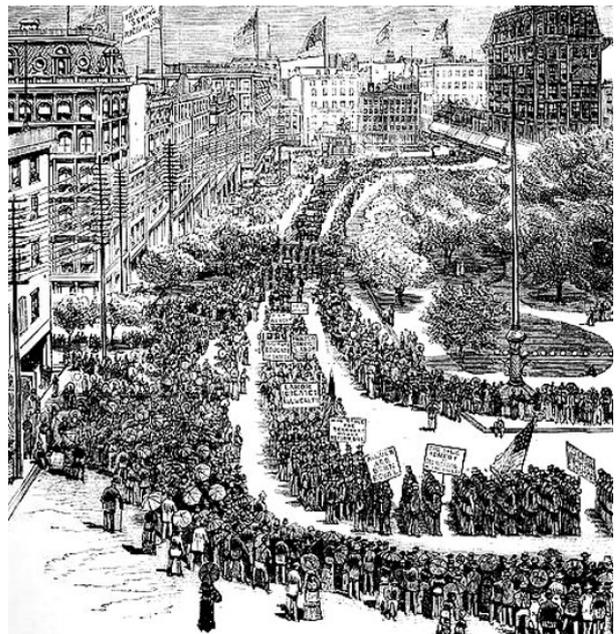


Foto: commons.wikimedia.org

Im Laufe der Geschichte haben Arbeiter*innen ihre Waffen der Solidarität und der Direkten Aktion eingesetzt, um ihre eigenen Interessen zu schützen und voranzubringen. Mit Steiks, Sabotage und anderen Aktionen sind Arbeiter*innen füreinander eingetreten, seit die Chefs erstmals angefangen hatten sie auszubeuten. In diesen Kämpfen wurden Arbeiter*innen oftmals verlassen und aufgegeben, meist von ihren eigenen Gewerkschaftsführer*innen, weshalb sie demoralisiert wurden und gezwungen waren entweder den Konflikt selbst weiterzuführen oder den Vorgesetzten gegenüber aufzugeben.

Angesichts des anhaltenden Rückgangs der Mitgliederzahlen von angepassten Gewerkschaften und fortgesetzter juristischer und wirtschaftlicher Angriffe sowohl auf organisierte, wie auch auf unorganisierte Arbeiter*innen, bedarf es mehr denn je einer selbstverwalteten und kämpferischen Arbeiter*bewegung. So haben beispielsweise 2018 die wilden Streiks der Lehrer*innen in West Virginia oder die aktuelle Blockade von Kohlezügen im Kampf der Bergleute gegen Lohnraub in Harlan County (Kentucky) gezeigt, dass selbstorganisierte Gemein-

schaftsaktionen von Arbeiter*innen wichtig sind, um nicht angesichts des Drucks der Arbeitgeber*innen, Politiker*innen und auch Gewerkschaftsbürokrat*innen aufzugeben.

Auch Leute, die nicht Teil der Erwerbsbevölkerung sind, müssen in diese Bewegung ebenfalls eingebunden werden. Viele können nicht arbeiten und andere erfüllen die unzähligen Aufgaben der unsichtbaren Arbeit (wie Kinderbetreuung, Pflege oder Hauswirtschaft) zuhause oder außerhalb. Frauen* ziehen im Verborgenen die Kinder groß, schaffen damit die Grundlage für den künftigen Kapitalismus, und haben dennoch wenig Möglichkeiten an den unterschiedlichen Arbeitskämpfen teilzunehmen, soweit sie nicht auch Teil der traditionell sichtbaren Erwerbspersonen sind.

Da in den USA 2020 bald Kongress- und Präsidentschaftswahlen stattfinden, werden von ein paar fortschrittlichen und selbsternannten, demokratisch-sozialistischen Politiker*innen bereits Versprechen gemacht, einige der Angriffe auf die Arbeiterschaft und auch die prekäre Scheinselbständigkeit durch zunehmende Werkverträge (*gig-employment*) vorerst auszusetzen. Aber wir befürchten, dass diese Zusagen nur dazu führen werden, Arbeiter*innen von Konfliktbereitschaft und Eigenaktivität abzuhalten und nicht weit genug zu gehen.

Wir beabsichtigen nämlich das heutige System von Arbeitsgesetzen und Gerichtsbeschlüssen abzuschaffen, welches einen gesetzlichen Käfig darstellt und die wirksamsten Aktionsformen (wie Solidaritätsstreiks, Unterstützungsboykott und Verweigerung von streikbrecherischen Dienstleistungen) verbietet, gleichzeitig aber gerichtliche Verfügungen zugunsten der Arbeitgeber*innen ermöglicht. Wir müssen diesen arbeiter*feindlichen Käfig leerer Worthülsen verlassen und ihm trotzen, anstatt uns ihm anzupassen.

Unser Ziel ist ein erneuerter Kampfgeist der Arbeiter*klasse und wir möchten durch Organisation eine unabhängige, konfliktbereite, selbstbestimmte und selbstverwaltete Arbeiter*bewegung aufbauen. Nach direktdemokratischen, freien und unbürokratischen Grundsätzen, aber auch nicht-diskriminierend, ökologisch und antikapitalistisch. Da die Bedrohung durch den Klimawandel immer deutlicher wird, ist eine kämpferische Arbeiter*bewegung um so nötiger, welche einen gerechten Wandel von fossilen Energieformen hin zu umweltverträglicheren Arbeitsverhältnissen einfordern kann. Dabei wird es auch zunehmend wichtig, die kapitalistischen Märkte schließlich durch eine von allen selbstverwaltete Wirtschaft zu ersetzen, da deren ausgelagerte Folgekosten und negative Marktauswirkungen nicht ökologisch nachhaltig sind. Wir gehen davon aus, dass dies letztendlich durch einen freiheitlichen Sozialismus verwirklicht werden kann, indem jede*r bei wirtschaftlichen Entscheidungen mitbestimmen kann, soweit man von ihnen betroffen wird.

Diese Art Bewegung kann jedoch nicht von oben herab eingeführt werden und hat daher auch keine Chefs. Sie vertritt ausschließlich die Interessen der Arbeiter*innen an der Basis, da diese sie von unten demokratisch kontrolliert. Um eine starke Verankerung zu haben, werden wir Raum schaffen, damit nicht nur die jetzigen Lohnarbeiter*innen eingebunden werden können, sondern auch alle früheren und alle künftigen, ebenso wie die unentlohnt Arbeitenden. Mit anderen Worten: Alle Leute, die sich in der heutigen, chaotischen Gesellschaft machtlos zurechtfinden müssen, müssen zusammenarbeiten, um gemeinsam eine neue aufbauen. Dabei muss sich jedoch die Struktur der erwünschten Gesellschaft ohne Hierarchie und erfüllt von Demokratie widerspiegeln.

Vielleicht hast du festgestellt, dass die Krümel, egal wie oft man sie dir von Marmortischen herab hingeworfen hat, niemals deinen leeren Magen füllen konnten. Dann solltest du wissen, dass auch andere dieser Brosamen überdrüssig geworden sind und stattdessen den ganzen Kuchen fordern.

Workers Solidarity Alliance

<http://www.workersolidarity.org>

<http://www.ideasandaction.info>

(<http://www.facebook.com/workersolidarityalliance>)

Übersetzung: Anarchosyndikalistisches Netzwerk – ASN Köln

INTERNATIONAL

Rundreise durch Lateinamerika

Eine Delegation der „Internationalen Arbeiter*innen-Assoziation“ (IAA, iwa-ait.org) machte im Juni/Juli 2019 eine Rundreise durch die lateinamerikanischen Länder Kolumbien, Peru, Chile, Brasilien und Mexiko.

Die IAA-Sekretärin Laure Akai besuchte dabei gemeinsam mit Alfonso Lázaro von der spanischen Basisgewerkschaft CNT-IAA, mehrere Organisationen in Mittel- und Südamerika, um gegenseitig Erfahrungen auszutauschen, globale Solidarität zu zeigen, neue Kontakte zu knüpfen und bestehende Beziehungen zu vertiefen.

Kolumbien

So wurde zu Beginn der Reise in der Universität von Bogotá eine [Veranstaltung](#) über antiautoritäre Gewerkschaftsorganisation gemeinsam mit der lokalen libertären Bildungsgewerkschaft „Unión Libertaria Estudiantil y del Trabajo“ (uletsindical.org) durchgeführt, zu der seit dem [IAA-Kongress 2016](#) freundschaftliche Kontakte bestehen.

Die ULET versucht alle im Bildungsbereich tätigen Menschen zu organisieren und ist dabei in Medellín eine weitere Gruppe zu gründen. Außerdem unterstützt sie aktuell vor allem die Kämpfe der solo-selbständigen, mobilen Marktverkäufer*innen, die einer repressiven staatlichen Kontrolle und Kriminalisierung ausgesetzt sind.



Die Delegation besuchte zusammen mit der ULET auch das anarchistische Kulturzentrum "El Hormiguero" in Medellín und traf sich mit Arbeiter*innen der selbstverwalteten Fabrik „Integrated Apparel Solutions“ in der Gemeinde Itagüi (Region Antiochia). Die Gewerkschaft der Textilarbeiterinnen SINTRAIAS hat dort seit 2018 gemeinsam die Produktion übernommen, nachdem die vormaligen Besitzer*innen die Belegschaft monatelang nicht mehr bezahlt hatte und das Unternehmen schließlich bankrott ging. Die Aktivist*innen tauschten dabei Erfahrungen bei der Organisation von unabhängigen Arbeitskämpfen in Kolumbian, Spanien und Polen aus.

Peru

Danach besuchte die Delegation von IAA und CNT die peruanische Hauptstadt Lima und traf sich mit der Transportarbeiter*innen-Initiative „La Voz del Motorizado“ (facebook.com/VozMoto/) zu einer öffentlichen Veranstaltung über Anarchosyndikalismus. Da die Kurierfahrer*innen kein eigenes Gewerkschaftslokal haben, fand das Treffen in den Räumen der Textilarbeiter*innen-Gewerkschaft FNTTP statt, die aber libertären Themen gegenüber offen ist, aber dem zentralistischen, marxistischen Dachverband CGTP angehört. Auch einige Mitglieder der Gewerkschaft der Stadtreinigung SITOBUR und des feministischen Bildungskollektivs "Secundaria Combativa" nahmen an dem Diskussionsforum teil.

Chile

Im Anschluss war die Delegation in der Hauptstadt auf Einladung des „Allgemeinen Syndikats Santiago“ (SOV, facebook.com/sindicatooficiosvariossantiago). Die Veranstaltung im [Ateneo Anarquista](#) stand unter dem Motto „Anarchosyndikalismus heute“. Das SOV Santiago wurde

vor drei Jahren gegründet und setzt sich ebenfalls für die mobilen Straßenverkäufer*innen ein, fordert aber auch einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr. Zudem trafen sie die Delegierten informell mit dem selbstverwalteten, freiheitlichen Bildungsprojekt "Proyecto Educativo Libertario", dessen Mitglieder auch Interesse an anarchosyndikalistischer Organisation zeigten.

Brasilien

In Porto Alegre wurden die Reisenden dann von ihrer Schwesterorganisation "[Confederação Operária Brasileira](#)" (COB-IAA, facebook.com/confederacao.brasileira) empfangen, die eine Veranstaltung zu aktuellen Sozial- und Arbeitskämpfen vorbereitet hatte. Dabei konnten sich die Gewerkschafter*innen aber auch zu angrenzenden Themen sozialer Konflikte austauschen, wie Räumungsklagen und Zwangsräumungen von Bewohner*innen.

Die 1906 gegründete Arbeiter*innenkonföderation Brasiliens ist zwar seit etwa 100 Jahren Teil der anarcho-syndikalistischen Internationale, musste aber nach dem Verbot in den 1930er Jahren in den Untergrund gehen und wurde erst 1986 wieder offiziell aufgebaut. Diese aus vorwiegend jungen Mitgliedern bestehende Basisgewerkschaft ist in Araxá (Minas Gerais), Porto Alegre (Rio Grande do Sul) und São Paulo aktiv.

Ihre sozio-kulturellen Veranstaltungen, Vorträge und Diskussionen richten sich gegen staatliche Repression und aktuell gegen die Rentenreform des neoliberalen und rechtskonservativen Präsidenten Bolsonaro, sowie gegen prekäre Arbeitsbedingungen und für einen kostenlosen Nahverkehr.



Gemeinsam mit den Delegierten fand auch eine Protestaktion statt an dem von Immobilienspekulation bedrohten spanischen Friedhof, auf dem zahlreiche nach der Niederlage im Bürgerkrieg 1939 Ausgewanderte begraben liegen.

Mexiko

Auch das „Centro Social Libertario Ricardo Flores Magón“ ([CSL-RFM](#), colectivoautonomomagonista.blogspot.com) in Mexiko-Stadt stand auf dem Besuchsprogramm. Dort war die IAA-Delegation eingeladen bei der Anarchistischen Föderation ([FAM](#), federacionanarquistademexico.org), der

seit 2016 die anarchosyndikalistische Initiative „Unión Anarco-Sindicalista“ ([UAS](http://UAS.unionanarcosindicalista.wordpress.com), unionanarcosindicalista.wordpress.com) angehört und die Mitglied der anarchistischen Internationale IFA (i-f-a.org) ist. Mit rund 50 Personen war diese öffentliche Veranstaltung dort sehr gut besucht.

Nach Abreise der IAA-Sekretärin Laure Akai war der CNT-Delegierte Alfonso Lázar dann Anfang Juli noch zu Besuch im „Centro Social Ruptura“ in Guadalajara und besuchte abschließend die „Unión Anarco-Sindicalista“ in Guadalupe bei Monterrey im Bundesstaat Nuevo León. Dabei knüpfte er Kontakte zu anarchistischen Gruppen und Selbstversorgungskollektiven, aber nutzte auch die Gelegenheit, um mehrere Interviews zur internationalen Gewerkschaftsarbeit zu geben.

USA

Öko-Syndikalismus statt Green New Deal

Der kapitalistische Fortschritt ist die zentrale Ursache der aktuellen Klimakrise, welche die Menschheit aufgrund der globalen Erwärmung zu bewältigen hat.

Und bei dieser globalen Erwärmung handelt es sich um einen schnellen und dauernden Anstieg der weltweiten Temperatur von Erdoberfläche und Ozeanen. Bisher gab es seit [Beginn der systematischen Messungen im Jahr] 1880 eine Temperatursteigerung von 0,8 Grad Celsius.

Laut einer aktuellen Untersuchung von Wissenschaftler*innen am Goddard-Institut der US-Raumfahrtbehörde NASA haben zwei Drittel dieser Erwärmung in der Zeit nach 1975 stattgefunden. Ein Temperaturanstieg von einem Grad scheint nicht viel zu sein, aber die Forscher*innen der NASA heben hervor: „*Es bedarf einer riesigen Hitzemenge, um alle Ozeane, die Atmosphäre und die Erde zu erwärmen.*“

Es ist bekannt, dass die Freisetzung von Kohlendioxid bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe [wie Braun- und Steinkohle, Erdöl, Erdgas oder Torf], das zentrale Problem darstellt. Viele Jahrhunderte lang bewegte sich der Anteil von Kohlendioxid in der Atmosphäre zwischen 200 und 300 ppm [Millionstel]. In den 1950er Jahren ließ das Wachstum des Industriekapitalismus diese Anteile auf einen Spitzenwert von 310 ppm ansteigen. Seitdem ist die Konzentration von Kohlendioxid [CO₂] in der Atmosphäre rasend schnell angewachsen auf über 410 ppm im Jahr 2018. Das ist die Folge eines starken Anstiegs der Verbrennung fossiler Brennstoffe in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg [seit 1945].

Das Problem liegt dabei in der eigentlichen Struktur des Kapitalismus, dessen wesentliches Merkmal die

Auslagerung von Folgekosten aus der Warenproduktion ist. So verbrennt ein Stromunternehmen Kohle zur Erzeugung von Elektrizität, denn der Preis für eine Kilowattstunde aus Kohleverstromung war lange Zeit lang billiger als die Alternativen. Doch die Abgase aus der Kohleverbrennung werden vom Wind verbreitet und verursachen bei tausenden Menschen Atemwegsschäden, also auch vermeidbare Todesursachen bei Leuten mit Atemwegserkrankungen.

Hinzu kommt der massenhafte Einfluss auf die globale Erwärmung durch den Ausstoß (Emission) von Kohlendioxid. Doch das Stromunternehmen muss für die menschlichen Folgekosten nicht aufkommen. Wenn die Firma eine Strafe zahlen müsste, welche die menschlichen Kosten für Tod, Lungenzerstörung und Klimaerwärmung samt deren Folgen beinhalten würde, wäre die Kohleverbrennung für das Stromunternehmen nicht länger ertragreich.



Außerdem verlagert die Firma ihre Kosten auf die Arbeiter*innen, zum Beispiel durch Gesundheitsrisiken, wie Stress und chemische Belastung. Die knallharten Vertreter*innen eines „freien Marktes“ würden zwar leugnen, dass Unternehmen ihre Kosten auf die Arbeiter*innen abwälzen, denn ihrer Ansicht nach werden diese für jede Arbeitsstunde entsprechend mit Löhnen und Zuschlägen bezahlt. Doch die menschlichen Kosten der Arbeit können auch erhöht werden, ohne dass die Entschädigung für Arbeiter*innen angehoben werden: Indem eine Firma die Arbeitsleistung steigert; wenn die Leute härter arbeiten; wenn sie noch genauer von Vorgesetzten kontrolliert oder von Maschinen bzw. Software getrieben werden, dann lässt das die menschlichen Folgekosten ansteigen.

Giftige Chemikalien in Verarbeitung, Landwirtschaft oder anderen Industriezweigen stellen eine Gefahr sowohl für die Arbeiter*innen dar, wie auch für die Leute, die in der Nähe leben. Oftmals wohnen Leute aus der Arbeiter*innenklasse in der Nachbarschaft von umweltverschmutzenden Industriebetrieben – meist sind diese Stadtteile auch bewohnt von [rassistisch diskriminierten, nicht-weißen]

„People of Color“. Dabei handelt es sich ebenfalls um eine Form der kapitalistischen Kostenauslagerung.

Auch bei der staatlichen Regelung von Schädlingsbekämpfungsmitteln oder Luftverschmutzung handelt es sich oft nur um die Verschleierung von Gewinninteressen der Unternehmen. So haben trotz der Umweltverschmutzung durch undichte Ölraffinerien oder den Schadstoffausstoß anderer Industriegebiete [...] die dafür zuständigen staatlichen Behörden den Kampf gegen Luftverschmutzung fast ausschließlich auf den Bereich der Fahrzeugabgase konzentriert. Auf diese Weise versagen [die Regierungsbehörden] in ihrem öffentlichen Auftrag, da sie von einer Lobby der kapitalistischen Unternehmen durch Bestechung vereinnahmt werden [regulatory capture].



Energiebetriebe, die riesige Mengen Kohlendioxid ausstoßen, sowie Firmen, die Gewinn machen mit der Herstellung von fossil betriebenen Autos und Lastwagen bzw. dem Verkauf von Benzin, Diesel und Kerosin, mussten bisher noch keine Gebühren oder Strafen wegen der zunehmenden Menge von Kohlendioxid in der Atmosphäre bezahlen. Die globale Erwärmungskrise kann daher erklärt werden durch diese Kostenabwälzung und die Ausrichtung auf kurzfristige Gewinne in wachsenden Märkten, die zentrale Bestandteile des kapitalistischen Systems sind.

Wenn der globale Kapitalismus seine Geschäfte wie bisher weiterführt, wird die Erwärmung große Auswirkungen haben: mörderische Hitzewellen, mehr Wirbelstürme durch die Energie aufgeheizter Ozeane, Zerstörung von Korallenriffen, steigender Meeresspiegel durch schmelzendes Eis in den Polargebieten und auftauende Gletscher, sowie die wachsende Gefahr des Aussterbens zahlreicher Lebensformen.

Die bisherigen Versuche eine weltweite Übereinkunft zur Verminderung fossiler Brennstoffe abzuschließen waren nicht erfolgreich. Das Pariser Abkommen schlägt nur freiwillige Ziele vor. Der NASA-Wissenschaftler James Hansen hat es sogar als „Schwindel“ bezeichnet: „Es gibt keine Aktionen, nur Versprechen.“

Nach Angaben des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen der Vereinten Nationen [„Weltklimarat“ IPCC] drängt die missliche Lage auf „schnelle und weitreichende Veränderungen (...) in bisher nicht dagewesenem Ausmaß.“ Der IPCC warnt davor, daß die Produktion hitzestauer Gase (vor allem Kohlendioxid) bis 2030 weltweit um 45% verringert werden muss, wenn die Menschheit einen gefährlichen Anstieg der Erderwärmung verhindern will.

Offensichtlich ist ein globaler Wandel nötig, aber woher soll der kommen?

Von Aktivist*innen der US-amerikanischen Green Party [1], Klimagerechtigkeitsgruppen und verschiedenen Radikalen wurde schon mehrfach die Idee eines „Green New Deal“ vorgebracht. Das Motto bezieht sich auf den „New Deal“, einen staatlichen Wirtschaftsplan, mit dem Präsident Roosevelt auf die ökonomische Krise der 1930er Jahre reagierte. Das Ziel [dieser wachstumsorientierten Eingriffe durch die Neuordnung von Markt und Sozialstaat] war eine schnelle Umstellung auf die Rüstungsproduktion zu Beginn des Zweiten Weltkriegs.

Heute soll nun die globale Erwärmungskrise mit gleicher Dringlichkeit behandelt werden, wie die Massenarbeitslosigkeit von 1933 [in der „Großen Depression“] oder wie die militärische Bedrohung durch den Faschismus zu Beginn der 1940er Jahre.

Die Idee des Green New Deal wurde [...] in den US-amerikanischen Kongress von Alexandria Ocasio-Cortez [und anderen sozialistischen Demokrat*innen im Februar 2019] als Beschlussvorlage eingebracht. Dort wurde eine Reihe hochgesteckter Ziele aufgestellt, wie eine Stromgewinnung in den USA zu 100% aus „sauberen, erneuerbaren und emissionsfreien Energiequellen“.

Andere Ziele beinhalteten „die Verschmutzung und den Ausstoß von Treibhausgasen in der Produktion zu unterbinden, soweit das technisch machbar ist“ und eine „klimafreundliche Überarbeitung“ des Transportsektors durch „Investitionen in emissionsfreie Fahrzeuge, Zugang zum Öffentlichen Nahverkehr und Hochgeschwindigkeitszüge“.

Zusammen mit dieser Resolution wurde von 626 Umweltschutzgruppen ein Brief an den Kongress verfasst, der den Vorschlag eines Green New Deal unterstützte. Die Gruppen machten dabei recht deutlich, daß sie jede Art von marktförmigem Flickwerk, wie den „Cap and-Trade“ genannten Handel mit [begrenzten] Emissionsrechten, als nutzlose Reformen ablehnen. Mehrfach wurden auch „Öffentlich-private Partnerschaften“ (public-private partnerships) und die staatliche Förderung von Privatunternehmen gefordert.

[Der linke US-Ökonom] Robert Pollin schrieb in der Zeitschrift „New Left Review“ über die Forderung nach „bevorzugter Steuerbehandlung für Investitionen in

saubere Energien“ und „Marktregelung durch staatliche Lieferverträge“ als Teil einer sogenannten „grünen Industriepolitik“ – mit anderen Worten: ein grüner Kapitalismus.

Doch auf Seiten der Arbeiter*innen gibt es oft Bedenken gegen solche Vorschläge. Die Unternehmen schmeißen die Leute einfach raus, zahlen niedrige Löhne oder zwingen sie zu schnellerem und gefährlicherem Arbeiten, falls es ihren Profitinteressen dient. So kam es beispielsweise beim Elektroauto-Hersteller „Tesla“, der 5 Milliarden Dollar staatlicher Fördergelder kassiert hat, zu Problemen wegen Niedriglöhnen, Arbeitsverdichtung und Unfällen. Erst kürzlich [Januar 2019] hat Tesla 7% der Belegschaft – mehr als 3.000 Arbeiter*innen – entlassen, um mehr Gewinne zu erwirtschaften [und zwei Monate später wurden weitere 8% gefeuert].

Ein anderer Ansatz, der eine staatlich zentralisierte Planung im Blick hat, wurde von Richard Smith vorgeschlagen, einem Öko-Sozialisten und Mitglied der Organisation „Demokratische Sozialist*innen Amerikas“ (DSA). Smith interpretiert den Vorschlag von Alexandria Ocasio-Cortez auf seine Weise:

„Ocasio-Cortez (...) ist eine mutige, feministische, antirassistische und sozialistisch inspirierte Nachfolgerin [des ehemaligen US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt]. (...) Sie hebt die Diskussion über globale Erwärmung auf eine neue Ebene. (...) Sie fordert keinen Handel mit Emissionsrechten, Steuern auf Kohlendioxid oder andere „marktförmige“ Lösungen. Sie ruft lautstark nach einer Dekarbonisierung [2] und fordert damit letztlich den Kapitalismus heraus, indem sie das System in Frage stellt.“ [3]

Smith ist davon überzeugt, dass man die Ziele des Green New Deal nicht durch sowas wie „Anreize“ verwirklicht werden kann – und damit hat er recht. Er hebt hervor, dass es der Erklärung des Green New Deal „an Konkretem mangelt“, wie dessen Ziele erreicht werden sollen.

Um zum Ziel der Entkarbonisierung der Wirtschaft zu gelangen, schlägt er ein Programm in drei Schritten vor: - den Notstand ausrufen, um den Gebrauch fossiler Brennstoffe zu verhindern, deren weitere Gewinnung zu stoppen und die fossile Energiewirtschaft zu verstaatlichen, um sie abzuschaffen - ein landesweites Programm nach der Art der Arbeitsbeschaffungsbehörde WPA [4] der 1930er Jahre, um die Belegschaften der geschlossenen Industrien in „nützliche, aber emissionsarme“ Wirtschaftsbereiche „mit entsprechenden Löhnen und Zuschlägen“ zu verlagern - ein staatliches Aufbauprogramm zur Förderung von nachhaltiger Stromproduktion, Elektrofahrzeugen und anderen Transportmethoden, die nicht auf der Verbrennung fossiler Energieträger beruhen, sowie des Umbaus der petro-chemischen Intensivlandwirtschaft auf biologischen Anbau.

Richard Smith hebt hervor, dass Ocasio-Cortez sich zwar ausdrücklich für staatliche Planungen einsetzen würde,

dass es aber dem Entwurf für einen Green New Deal aus seiner Sicht daran mangelt, kein „Nationales Planungsamt für Reorganisation, Neubewertung und Umbau der Wirtschaft“ vorgeschlagen zu haben.

In Bezug auf Verstaatlichung stellt er jedoch klar: „Wir rufen nicht nach Enteignung“. Stattdessen spricht er davon, die Aktienbesitzer*innen zu „fairen Marktpreisen“ auszahlen zu wollen. Dieser Vorschlag würde jedoch direkt in eine staatlich gelenkte Form kapitalistischer Wirtschaft führen – eine Art Staatskapitalismus.



Der Vorschlag von Smith ist weitgehend unrealistisch, denn sollen wir wirklich glauben, dass das von Medienunternehmen beeinflusste Wahlsystem in den USA dazu benutzt werden könnte, um Politiker*innen (der unternehmensgesteuerten Demokratischen Partei) zu wählen, welche ein viele Billionen Dollar teures Programm zur Enteignung von fossiler Energiewirtschaft, Automobilherstellern und chemischer Industrie aufsetzen, damit eine Planungsbehörde die Kontrolle über die Wirtschaft übernehmen kann?

Die amerikanische Arbeiter*klasse hatte in den 1930er Jahren wichtige Fortschritte durchgesetzt, wie Mindestlöhne und Arbeitslosenversicherung („Fair Labor Standards Act“), sowie die Hilfe für Familien mit bedürftigen Kindern („Aid to Families with Dependent Children“). Doch diese Zugeständnisse konnten nur erkämpft werden durch einen Aufstand der Arbeiter*innen vor dem Hintergrund gewaltiger Auseinandersetzungen auf der ganzen Welt: Die Arbeiter*innen-Revolution in Spanien [5], Fabrikbesetzungen in Frankreich [6], der kommunistische Aufstand in China [7] und die Sowjetherrschaft in Russland [8]. Zu dieser Zeit sah sich der Kapitalismus einer existenziellen Bedrohung gegenüber.

In den USA fand zwischen 1933 und 1937 eine riesige Welle rebellischer Arbeitskämpfe statt, mit Millionen Arbeiter*innen im Streik, hunderttausenden Besetzungen bzw. Sitzstreiks am Arbeitsplatz und der Bürgerrechtsbewegung gegen rassistische Gesetze in den Südstaaten („Jim Crow“). Im Jahr 1936 führte diese wütende und kämpferische Stimmung fast zur Gründung einer landes-

weiten Landarbeiter*innen-Partei, welche eine große Bedrohung für die „Demokratische Partei“ gewesen wäre. Viele ehemals kompromisslose Unternehmen wurden gezwungen Abkommen mit den Gewerkschaften auszuhandeln. Und die Demokratische Partei entschloss sich damals einen linken Kurs einzuschlagen.

Es ist aber ein Fehler, den New Deal romantisch zu verklären und von der Arbeitsbeschaffungsbehörde WPA der Dreißiger Jahre als einem Modell zur „Arbeitsplatzsicherung“ zu sprechen, mit dem staatlichen Arbeitgeber als letzten Ausweg. Denn bis Ende der 1940er Jahre gab es trotzdem immernoch 17% Arbeitslosigkeit in den USA und wer für die WPA arbeitete hatte oftmals Stress wegen niedriger Löhne. Es gab Gewerkschaften, die von Kommunist*innen, Sozialist*innen und Syndikalist*innen gegründet wurden und Streiks der WPA-Arbeiter*innen organisierten.

Die Fortschritte, welche in den Dreißiger Jahren von der Arbeiter*klasse durchgesetzt wurden, kamen weder durch reine Erfolge bei den Parlamentswahlen, noch waren die konservativ-bürokratischen, „internationalen Gewerkschaften“ der „American Federation of Labor“ (AFL) dabei förderlich. Die AFL war eher ein Hindernis für den Fortschritt, weshalb auch mehrere Hunderttausend Arbeiter*innen ab 1934 neue, eigene Basisgewerkschaften gründeten.



Smith ist aber nicht der einzige, der eine staatliche Zentralplanung als Lösung anbietet. Die Idee wurde kürzlich auch von verschiedenen Staatssozialist*innen diskutiert, z.B. von Leuten aus dem Umfeld der Zeitschrift „Jacobin“ und der „Demokratischen Sozialist*innen Amerikas“ (DSA). Deren Verfechter*innen gehen meist davon aus, dass der Staat eine klassen-neutrale Einrichtung sei, die von der Arbeiter*klasse übernommen und für ihre Zwecke umgestaltet werden könne.

In Wirklichkeit handelt es sich beim Staat aber nicht um eine klassen-neutrale Institution, sondern Unterdrückung ist bereits in seiner eigenen Struktur angelegt. Zum Beispiel sind Arbeiter*innen im Öffentlichen Dienst ebenso einer verwaltenden Bürokratie unterworfen, wie die Kolleg*innen in privaten Unternehmen. Das tägliche Geschäft der staatlichen Institutionen wird kontrolliert durch die Verwaltungseliten der bürokratischen Technokratie: staatliche Manager*innen und Hochprofessionelle, die als Sachverständige, Anwalt*innen, Richter*innen, Militär- und Polizeichefs dienen. Hinzu kommen die „professionellen Stellvertreter*innen“, die Politiker*innen, welche typischerweise entweder aus dem Management von Unternehmen stammen oder aus der staatlichen Bürokratie, also aus jenen Klassen, denen die Arbeiter*innen untergeben sind.

Als ein Planungsansatz von oben herab verfügt die staatliche Zentralwirtschaft keinesfalls über Zugang zu genauen Informationen über die öffentlichen Bedürfnisse nach Gütern und Dienstleistungen oder die Konsumwünsche der Einzelnen. Zentrale Planwirtschaft ist darüber hinaus ihrem Wesen nach autoritär, denn ihre Grundlage ist die Verweigerung einer Selbstverwaltung derjenigen Leute, die von diesen Entscheidungen in erster Linie betroffen sind. Die Verbraucher*innen und die Bewohner*innen von Gemeinwesen einerseits und die Arbeiter*innen der unterschiedlichen Industriebranchen andererseits bleiben dabei weiterhin Opfer der autoritären Verwaltung.

Selbstverwaltung bedeutet nämlich, dass die Leute, welche die Folgen von Entscheidungen tragen müssen sind, über diese selbst bestimmen, je nachdem inwiefern sie davon betroffen sind. Im Betriebsablauf sind viele Entscheidungen zu fällen, bei denen die vorrangig betroffene Gruppe aus denjenigen besteht, welche den Produktionsprozess leisten.

Wenn Selbstverwaltung ernst genommen wird, bedarf es einer Art verteilter Planungskontrolle, bei der alle von den jeweiligen Entscheidungen vorrangig Betroffenen, wie die Bewohner*innen von lokalen Gemeinwesen oder die Arbeiter*innen eines Wirtschaftszweiges, einen unabhängigen Bereich von Kontrolle über die Entscheidungsfindung haben. Dies ist die Grundlage für eine syndikalistische Alternative [9] der verteilten Planung, wie sie im Folgenden ausgeführt wird.

Von Staatssozialist*innen wird „Arbeiter*kontrolle“ gelegentlich als ein Bestandteil von zentraler Planwirtschaft angepriesen, doch die wirklich gemeinschaftliche Kontrolle der Arbeiter*innen über die Produktionsprozesse ist mit dem Konzept einer zentralen Planung nicht vereinbar. Wenn alle Pläne von einer einzigen, elitären Gruppe entwickelt werden, benötigt diese Zentrale ihre eigenen Manager*innen, die dafür sorgen, dass ihre Vorhaben an den Arbeitsplätzen vor Ort auch umgesetzt werden. Das Gerede von einer [staatlichen] „Arbeiter*kontrolle“ verdrängt jedoch diese Logik.

Eine Zentralverwaltungswirtschaft ist nämlich nicht in der Lage, die ausbeuterische und kostenauslagernde Logik des Kapitalismus zu überwinden, welche den Kern der ökologischen Krise ausmacht. Viele Teile der Weltbevölkerung sind von Verschmutzung direkt oder indirekt betroffen, wie z.B. die Folgen von Pestizidvergiftung für die Landarbeiter*innen oder deren Auswirkungen auf Luft und Wasser in den örtlichen Gemeinden.

Die einzige Möglichkeit diese Logik der Auslagerung von Kosten zu überwinden, bedeutet für die betroffenen Bevölkerungsteile – Arbeiter*innen und Gemeinden – die direkte Kontrolle zu übernehmen, um eine Vergiftung zu verhindern. In Bezug auf die globale Erwärmung heißt das, die allgemeine Bevölkerung muss durch direkte Selbstermächtigung die Kontrolle übernehmen, damit alle Leute über die erlaubte Menge von Abgasen in die Atmosphäre direkt entscheiden können.

So schwierig, wie das scheinen mag, so brauchen wir doch einen Übergang zu einer selbstverwalteten und von den Arbeiter*innen kontrollierten, [freiheitlich] sozialistischen Wirtschaftspolitik, wenn wir eine Lösung für die heutige ökologische Krise finden wollen. Aber diese Umwandlung kann nur durch den Aufbau einer mächtigen Mitbestimmungsbewegung der unterdrückten Minderheiten im Rahmen der Kämpfe gegen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse verwirklicht werden.

Die syndikalistische Alternative für eine öko-sozialistische Zukunft

Das Problem besteht nicht darin, dass Leute für unmittelbare Veränderungen kämpfen, welche innerhalb der erreichbaren Ziele liegen. Doch es geht darum, wie wir diesen Wandel herbeiführen wollen, denn Veränderungen können auf unterschiedliche Weise erkämpft werden. Das Grundproblem besteht in der Strategie der parlamentarischen Sozialist*innen („Sozialdemokrat*innen“) sich auf Methoden zu verlassen, welche die Leute aus der Arbeiter*klasse dazu bringen auf „professionelle Stellvertreter*innen“ zu vertrauen, welche alles für uns erledigen. Dieser Ansatz führt meist zum Aufbau und zur Verantwortungsübernahme einer bürokratischen Schicht, welche sich von den einfachen Arbeiter*innen entfernt und durch diese nicht wirksam kontrolliert werden kann.

Solche Vorgehensweisen führen zur Herausbildung einer gesellschaftlichen Schicht von amtlichen Berufspolitiker*innen, einem bezahlten Parteiapparat und Lobbyist*innen. Dadurch ist die Gewerkschaftsbürokratie mit freigestellten Funktionär*innen in der Lage an unserer Stelle die Verhandlungen zu leiten. Ebenso verhält es sich mit den bezahlten Mitarbeiter*innen der großen Nichtregierungsorganisationen [NGOs].

Die Syndikalist*innen bezeichnen dies (in Ermangelung einer besseren Beschreibung) oft als „reformistische“ Methoden, aber nicht weil wir gegen den Kampf für

Reformen sind. Jeder Kampf für eine weniger als absolute Veränderung (z.B. mehr Geld für Schulen oder mehr Pflegepersonal) ist eine „Reform“. Doch die Methoden, welche von den parlamentarischen Sozialist*innen angewendet werden sind „reformistisch“, weil sie den Aufbau einer Bewegung für einen weiterreichenden Wandel verhindern. Die Geschichte des letzten Jahrhunderts hat gezeigt, dass diese bürokratische Klasse bei der Herausbildung eines Kampfes für einen Übergang zu einer von Arbeiter*innen kontrollierten, [freiheitlich] sozialistischen Produktionsweise letztlich im Wege steht.

Man kann sagen, dass eine Vorgehensweise mittels Aktionen und Organisierung den Wandel herbeizuführen insofern „nicht-reformistisch“ ist, als daß dabei basisorientierte Massenorganisationen geschaffen werden, die auf die Beteiligung an kämpferischen Gemeinschaftsaktionen (wie Streiks) vertrauen. Sie fördern Selbstbewußtsein, Selbstvertrauen, Organisationsfähigkeit, allgemeine aktive Mitbestimmung und breite Solidarität zwischen verschiedenen Gruppierungen der unterdrückten und ausgebeuteten Mehrheit.

Syndikalismus ist dabei eine Strategie, die auf nicht-reformistischen Formen von Aktion und Organisierung aufbaut. Nicht-reformistisch organisierte Kampfformen haben daher die Kontrolle durch alle Mitglieder zur Grundlage mittels demokratischer Teilhabe und gewählten Abordnungen (Delegierten), wie ernannte Vertrauensleute oder abrufbare Verhandlungsgesandte.



Und eine ähnliche Basisdemokratie kann auch in anderen Organisationen ausgeübt werden, welche von Menschen aus der Arbeiter*klasse aufgebaut werden, wie z.B. Mieter*innen-Vereinigungen. Nicht-reformistische Aktionsformen sind in der Lage die alltägliche Geschäftsroutine zu durchbrechen und sie tun dies durch gemeinschaftliche Beteiligung an Streiks, Besetzungen oder kämpferischen Demonstrationen.

Der wesentliche Unterschied zwischen den an parlamentarischer Stellvertretung orientierten Sozialist*innen und den Syndikalist*innen ist der Vorgang, der vom Marxismus die „Klassenformierung“ [Herausbildung einer Klasse „für

sich“) genannt wird. Dabei handelt es sich um einen mehr oder weniger langwierigen Prozess, in welchem die Klasse der Arbeiter*innen ihre Schicksalhaftigkeit und die inneren Spaltungen (entlang rassistischer oder geschlechtlicher Grenzen) durchbricht, indem sie sich Kenntnis über das System aneignet. Dadurch bildet sich Selbstvertrauen, Organisationsfähigkeit und der Wunsch nach einem sozialen Wandel. Bei diesem Vorgang „formt“ die Arbeiter*klasse sich selbst in eine Kraft, welche lernt die herrschenden Klassen herauszufordern und erfolgreich um die Kontrolle der Gesellschaft zu kämpfen.

Wenn die Menschen sehen, wie um sie herum wirkungsvolle Gemeinschaftsaktionen sich verbreiten, könnte dies deren Sichtweise auf ihre Lage verändern. Sobald sie erkennen, dass diese Art der kollektiven Macht fähig ist, eine Lösung ihrer eigenen Probleme herbeizuführen, kann dies ihre Wahrnehmung der Möglichkeiten des Wandels verändern. Die tatsächliche Erfahrung gemeinschaftlicher Handlungsfähigkeit ermöglicht es, eine viel weitergehende Machbarkeit von Veränderung vorstellbar zu machen.

Wenn Arbeiter*innen direkt am Aufbau von eigenen Gewerkschaften beteiligt sind und Streiks gemeinsam mit ihren Kolleg*innen durchführen, oder aber Mieter*innen-Vereinigungen gründen und direkte Aktionen gegen Mieterhöhungen bzw. schlechte Wohnverhältnisse durchführen, so ist die gesellschaftliche Basis unmittelbar [in die sozialen Kämpfe] einbezogen. Dies untertützt viele Menschen dabei, zu lernen wie man organisiert und es schafft ein Selbstverständnis von: „Wir können etwas bewegen“. Und die Leute lernen darüber hinaus auch direkt, wie das System funktioniert.

Viele kommen möglicherweise zu der Schlussfolgerung: „Wir haben die Macht, die Gesellschaft zu verändern“, wenn sie erkennen, welche wirkliche Kraft in ihresgleichen steckt, sobald diese tatkräftig umgesetzt wird durch Streiks, Besetzung von Gebäuden oder anderen Arten von Massenaktionen. Mit anderen Worten: Eine Bewegung der direkten Teilhabe und Basisdemokratie ermöglicht den Menschen mehr Einsicht in die Möglichkeit eines Wandels von unten.

Im Kampf für gesellschaftliche Veränderungen bedeutet es andererseits, dass dieser Prozess [der Selbstermächtigung] behindert wird, falls die Entscheidungsbefugnis in den Händen einer bürokratischen Klasse professioneller Politiker*innen und abgehobener Gewerkschaftsfunktionär*innen gebündelt wird. Denn hierbei können weder Selbstvertrauen, noch Organisationsfähigkeit von Arbeiter*innen entwickelt werden. „Die Fähigkeit zum Wandel liegt in unseren Händen“, doch ein Bewußtsein darüber kann sich durch die Konzentration von Entscheidungsmacht nicht entwickeln. Dies ist das Grundproblem des parlamentarischen Sozialismus

(„Sozialdemokratie“), da ein Prozess von Klassenbildung dadurch verhindert wird.

Das parlamentarische Feld ist auch deshalb kein bevorzugter Ort für den Kampf der Arbeiter*klasse um einen Wandel, da die Wahlbevölkerung dazu neigt, sich vom wohlhabenden Teil der Gesellschaft ins Abseits drängen zu lassen. Große Teile der Arbeiter*schaft sehen daher keinen Grund zur Wahl zu gehen. Sie sehen die Politiker*innen nicht als diejenigen an, die sich ihrer Probleme annehmen. Daher liegt der Anteil der Nichtwähler*innen in der Gesellschaft eher bei den



Ärmeren – also der Arbeiter*klasse, als der Anteil der Wähler*innen. Das bedeutet, dass die Arbeiter*klasse bei Wahlen nicht ihre zahlenmäßige Übermacht zur vollen Geltung bringen kann.

Eine Veränderungsstrategie, die sich auf Stimmabgabe und politische Parteien konzentriert, neigt dazu, für eine Übernahme der Staatsmacht durch ihre Anführer*innen das Wahlergebnis in den Mittelpunkt zu stellen, damit sie an unserer Stelle den Wandel vollziehen können. Diese Ausrichtung führt uns jedoch weg von einer unabhängigen Form der Klassenpolitik, die sich auf gemeinsame Aktionen von einfachen Leuten bezieht. Diese bestehen aus der direkten Organisation und der unmittelbaren Teilnahme (beispielsweise an Streiks) oder im Aufbau direkter Solidarität zwischen verschiedenen Bevölkerungsteilen der Arbeiter*klasse, sowie Kampagnen für Massenproteste zu selbstgewählten Zielen usw.

Um klarzustellen, der Autor spricht sich nicht dafür aus, dass man nicht zur Wahl gehen sollte, oder daß es keinen Unterschied mache, wer an der Macht ist. Denn das ist oft tatsächlich der Fall und unabhängige Organisationen von Arbeiter*innen und Gemeinschaften können auch direkten Druck auf das Handeln von Politiker*innen ausüben. Aber hier geht es darum, welche Strategie für einen Wandel wir bevorzugen. Der Autor spricht sich daher gegen eine Veränderungsstrategie aus, die auf die Rolle von gewählten Stellvertreter*innen, politischen Parteien oder einem bezahlten Apparat hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär*innen vertraut (bzw. sich darauf konzentriert).

Die Strategie der Teilnahme an Wahlen führt zu einer Herausbildung einer politischen Maschinerie mit welcher die Massenorganisationen sich auf Berufspolitiker*innen und Parteisoldat*innen verlassen. Diese Art von Praxis neigt dazu, eine bürokratische Klasse von professionellen Politiker*innen, Medien, Denkfabriken (think-tanks) und Parteifunktionär*innen hervorzubringen, die ihre ganz eigenen Interessen entwickelt.

Wenn das Vorgehen ausgerichtet ist auf die Wahl von Personen in ein staatliches Amt, so werden dabei hochgebildete Profis und Leute mit „Verwaltungs-

erfahrung“ als Kandidat*innen bevorzugt, weil die in den Medien „gut aussehen“. Und das bedeutet, dass in parlamentarisch ausgerichteten Parteien eher Menschen aus der professionellen und verwaltenden Gesellschaftsschicht eine Führungsrolle übertragen bekommen.

Das führt dazu, die Fähigkeiten der einfachen Leute aus der Arbeiter*klasse herabzusetzen, um die Kontrolle über die Ausrichtung der Partei zu behalten. Das ist ein Teil des Vorgangs der Entwicklung einer Partei zu einem abgetrennten bürokratischen Wesen mit Eigeninteressen.

Denn da es nur noch darum geht, Wahlen zu gewinnen und die eigene Stellung im Staat zu erhalten, kann das dazu führen, dass direkte Aktionen von Arbeiter*innen (wie Arbeitsniederlegungen oder Übernahme von Arbeitsplätzen), welche den üblichen Ablauf durcheinanderbringen, bei der Partei auf Gegenwehr stoßen. In der Geschichte gibt es zahlreiche Beispiele von gewählten Anführer*innen sozialistischer Parteien, die solch eine ablehnende Haltung eingenommen haben.

Dabei hat der zunehmende Einfluss parteisozialistischer Politik – beispielsweise im Europa der Nachkriegszeit – schließlich zum Rückgang der Kampfbereitschaft in der Arbeiter*bewegung geführt und es wurde sogar das Bekenntnis zum Sozialismus zurückgenommen.[10] Die europäischen Parteisozialist*innen standen bei Wahlen im Wettbewerb zueinander und versuchten sich gegenseitig mit der Ankündigung kurzfristiger Reformen zu übertrumpfen. Dies wurde der zentrale Blickwinkel solcher Parteien und manchmal haben sie damit auch eine Wahl gewonnen.

Waren sie erst an der Spitze der nationalen Regierung angelangt, so stellten sie schnell fest, dass es nun ihre Aufgabe war, den Kapitalismus zu „verwalten“ – das kapitalistische System am Laufen zu halten. Wären sie zu radikal vorgegangen, hätten sie die Stimmen der Mittelklasse verloren oder die Elite der Investor*innen wäre in Panik ausgebrochen und dazu übergegangen ihr Kapital im Ausland in Sicherheit zu bringen. In manchen Fällen waren Elemente des „Tiefen Staats“, wie das Militär und die Polizeikräfte, dazu übergegangen die Macht zu übernehmen.[11] Die meisten dieser Parteien änderten schließlich das Konzept ihrer Ausrichtung und gaben das Ziel des Sozialismus auf zugunsten des Kapitalismus.

Öko-Syndikalismus

Ein ökologischer Syndikalismus baut auf die Anerkennung der Arbeiter*innen, sowie auf direkte Vereinigungen von Arbeiter*innen und Nachbarschaften, als eine Kraft im Kampf gegen das umweltzerstörende Handeln von kapitalistischen Unternehmen. Denn giftige Materialien werden ja [abgebaut oder hergestellt und] transportiert von Arbeiter*innen. Auch grundwasserschädliche Lösungsmittel, wie sie in der elektronischen Fertigung verwendet

werden, schädigen die Gesundheit von Arbeiter*innen. Schädlingsbekämpfungsmittel (Pestizide) vergiften die Landarbeiter*innen.

Diese industriellen Gifte betreffen in erster Linie die Lohnabhängigen an ihren Arbeitsplätzen und vergiften darüber hinaus die benachbarten Wohngebiete der Arbeiter*klasse. Und Pfleger*innen müssen dann die körperlichen Auswirkungen dieser Vergiftung bei allen Menschen behandeln. Vielfach ist es sogar auch zu explosiven Entgleisungen gekommen, die gezeigt haben, welche große Gefahr [z.B.] Erdöl-Transporte für die Bahnarbeiter*innen, wie auch für die Ortschaften sein können. Der Kampf des Eisenbahnpersonals für eine angemessene Personalausstattung in Zügen ist daher ein Teil der Bekämpfung solcher Gefahren.



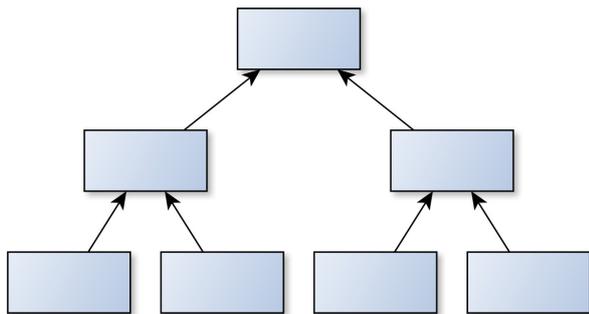
Arbeiter*innen sind eine mögliche Kraft im Widerstand gegen die Entscheidungen der Arbeitgeber*innen, die Welt zu vergiften oder das Klima aufzuheizen. Auch beim Ausbau von Alternativen zur globalen Erwärmung können Arbeiter*innen eine Rolle spielen, beispielsweise beim Ausbau des öffentlichen Verkehrswesens. Im Widerstand der Arbeiter*klasse gegen die Umweltverschmutzung wandte sich z.B. die Australische Bauarbeiter*innen-Föderation der 1970er Jahre mit verschiedenem „grünen Boykott“ (green bans) gegen den Transport und die Verarbeitung von [radioaktivem] Uran.

Durch ein Verständnis dieser Zusammenhänge entwickelte sich die umweltschützerische Richtung innerhalb der syndikalistischen Bewegung der 1980er und 1990er Jahre: der Öko-Syndikalismus, auch „grüner Syndikalismus“ genannt. Ein Beispiel dafür ist das organisatorische Werk von Judi Bari [12], einem Mitglied der IWW [13] und von EarthFirst [14]. Sie arbeitete in der walddreichen Region im Norden von Kalifornien und versuchte ein Bündnis zwischen den Arbeiter*innen (und deren Gewerkschaften) in der Holzverarbeitungsindustrie zusammen mit Umweltschützer*innen zu schließen,

welche versuchten die Abholzung der uralten [Mammut-]Bäume zu verhindern.

Zusammenschlüsse am Arbeitsplatz oder in der Kommune können auf verschiedene Art eine direkte Kraft gegen den fossilen Kapitalismus sein: Durch unterschiedliche Aktionen gegen Kohle- oder Ölhäfen [...] oder durch die Unterstützung von Arbeiter*innen und Nachbarschaften für indigene [15] bzw. ländliche Gemeinschaften in ihrem Kampf gegen Umweltverschmutzung durch fossile Energieträger, wie bei der Blockade von Standing Rock in Dakota.[16] Gewerkschaften können aber auch an Arbeitsplätzen in „grünen“ kapitalistischen Unternehmen aufgebaut werden, um dort gegen niedrige Löhne und andere oben genannte Mißstände vorzugehen.

Die unterschiedlichen Herangehensweisen von Syndikalist*innen einerseits und parlamentarischen Sozialist*innen andererseits führen zu verschiedenen Vorstellungen davon, was „Sozialismus“ und „Demokratie“ bedeuten. Politiker*innen neigen dazu, gegeneinander um das richtige Vorgehen zur Umsetzung ihrer Ziele mittels des Staates zu konkurrieren. Dies verfestigt eine staatssozialistische Sichtweise, die den Sozialismus als eine Reihe von Reformen betrachtet, welche durch eine bürokratische, öffentliche Verwaltung von oben herab umgesetzt werden. [...]



Eine hierarchische Macht, in der eine Bürokratie die Staatsverwaltung von oben nach unten kontrolliert, wird aber keine Lösung der heutigen ökologischen Herausforderungen hervorbringen können. Die Geschichte der „Ostblock-Staaten“ [17] hat bereits Mitte des 20. Jahrhunderts gezeigt, dass diese ebenfalls in der Lage waren, Verschmutzung und ökologische Zerstörung durch die Auslagerung von Kosten zu verursachen.

Auf der anderen Seite steht die syndikalistische Vorstellung eines selbstverwalteten Sozialismus, der eine realistische Grundlage zur Lösung der ökologischen Krise darstellt. Denn er steht für eine föderal verbundene und dezentral verteilte Planung, welche die Macht den örtlichen Kommunen und den Arbeiter*innen verschiedener Wirtschaftsbereiche überlässt, die dadurch in der Lage sind, umweltschädliche Entscheidungen zu verhindern.

Ein Sozialismus in diesem syndikalistischen Sinn bedeutet also die absolute Befreiung der Menschheit. Und dabei spielt die Selbstbefreiung der Arbeiter*klasse eine zentrale Rolle, um die Unterdrückung und Ausbeutung durch ein System von herrschenden Klassen an der Spitze zu beenden. Daher bedeutet für Syndikalist*innen der Übergang zum Sozialismus, dass die Arbeiter*innen alle Wirtschaftsbereiche übernehmen und gemeinsam weiterbetreiben – auch die öffentlichen Dienstleistungen. Dieser Sozialismus wird also von unten aufgebaut und von der Arbeiter*klasse selbst erschaffen.

Die syndikalistischen Bewegungen haben sich in ihrer Geschichte stets für eine Planwirtschaft eingesetzt, die aus einem verzweigten Modell demokratischer Planung mit Versammlungen in Nachbarschaften und am Arbeitsplatz besteht. Sowohl die Bewohner*innen von Kommunen, wie auch die Arbeiter*innen in ihren Produktionsvereinigungen, haben selbst die Entscheidungsmacht über die Planentwicklung im jeweiligen Bereich.

Ein verteiltes System von verbündeten Zusammenschlüssen (dezentrale Föderationen) an der Basis entsendet Delegierte durch Aufgabenübertragung zu Kongressen oder in Räte. Und sie nutzen systematische Verhandlungen, um die Vorschläge und Absichten der verschiedenen Gruppierungen untereinander „anzupassen“.

Beispiele für diese freiheitlich-sozialistische, planwirtschaftliche Verteilung sind unter anderem die ausgehandelten Koordinationsvorschläge der Gildensozialist*innen zur Zeit des Ersten Weltkriegs.[18] Auch das Programm der spanischen Anarchosyndikalist*innen für Nachbarschaftsversammlungen in „freien Gemeinden“ und für Arbeiter*innen-Kongresse ist dabei hervorzuheben.[19] Den jüngsten Versuch eines Modells für Planungsbeteiligung haben Robin Hahnel und Michael Albert [in „Parecon“] beschrieben.[20]

Eine Form des selbstverwalteten Sozialismus für das 21. Jahrhundert wäre ein horizontal föderiertes Produktionssystem, das in der Lage ist, die Planung und Abstimmung der gesamten Wirtschaft in einem weitreichenden Gebiet einzubinden. Das würde den Arbeiter*innen Folgendes ermöglichen:

- Kontrolle über die technologische Entwicklung [und Abschätzung ihrer Folgen]
- Umorganisation von Arbeitsplätzen und Bildung zur Verhinderung von bürokratischer Machtkonzentration in den Händen von Manager*innen und Hochprofessionellen (durch Entwicklung von Fertigkeiten bei Arbeiter*innen, sowie durch Erarbeitung von Entscheidungswegen und Konzeptfindungen, welche in die Ausübung körperlicher Arbeit eingebunden sind)
- Verkürzung der Wochenarbeitszeit und Aufteilung von Arbeitsverantwortung auf alle Leistungsfähigen

- Schaffung einer neuen Logik der technischen Entwicklung, die sowohl für Arbeiter*innen, wie auch für die Umwelt verträglich ist

Eine nur auf die örtlichen Bedingungen und rein auf eine heruntergebrochene Kontrolle von Arbeitsplätzen (wie in Arbeiter*innen-Kooperativen innerhalb der Marktwirtschaft) ausgerichtete Sichtweise ist jedoch nicht genug.

Eine allumfassende Absprache (Koordination) ist nötig, um die gesellschaftlich ausgerichtete Produktion vom Druck der Marktwirtschaft und vom Wachstumszwang des Kapitalismus zu befreien, indem zwischen den Regionen mehr Solidarität aufgebaut wird. Es braucht dazu außerdem eine direkte, kommunale Verantwortung dafür, was eigentlich produziert wird und welche Auswirkungen das auf die Gemeinschaft und die Umwelt hat.

Der Schutz der ökologischen Gemeingüter (commons) benötigt die unmittelbare, kommunale Sozialverwaltung und Kontrolle über die Produktionsmittel. Das bedeutet eine direkte, massenhafte Selbstermächtigung derjenigen, die in erster Linie von einer Verschmutzung betroffen sind bzw. selbst unter solcher Umwelterstörung leiden müssen.

Dies ist nötig, um die ökologische Katastrophe durch das kostenauslagernde Verhalten zu beenden, welches ein Strukturmerkmal sowohl des Kapitalismus, wie auch der staatlichen Bürokratie ist. Eine direkte kommunale Demokratie und die Selbstverwaltung der Wirtschaft durch alle Arbeiter*innen bilden die beiden wesentlichen Bausteine eines freiheitlich-ökosozialistischen Programms.

Tom Wetzel

Quelle:

„A ‚Green New Deal‘?: The Eco-syndicalist Alternative“, in: „ideas & action“ (Workers’ Solidarity Alliance), 15.04.2019, <http://ideasandaction.info/2019/04/green-deal-eco-syndicalist-alternative/>

Übersetzung [und Anmerkungen]:
Anarchosyndikalistisches Netzwerk – ASN Köln

Anmerkungen:

1) Auch Parteien in Deutschland, wie „Bündnis90/Die Grünen“ oder „Demokratie in Europa“ (DiEM25) fordern einen „Green New Deal“, https://de.wikipedia.org/wiki/Green_New_Deal. Die EU-Kommission kündigte Anfang September 2019 nun den "European Green Deal" an.

2) Umstellung auf kohlenstofffreie Energie (Emissionsminderung, Stromsparen, Ersetzen)

3) Richard Smith: "An Ecosocialist Path to Limiting Global Temperature Rise to 1.5°C", in: Real World Economics Review (01.03.2019), veröffentlicht am 26.11.2018,

<https://systemchangenotclimatechange.org/article/ecosocialist-path-limiting-global-temperature-rise-15%C2%B0C>

4) „Works Progress Administration“: US-Bundesbehörde, die 1935-'43 im Rahmen des „New Deal“ Millionen Arbeiter*innen im Hoch- und Tiefbau eingesetzt hat, sowie kulturelle Projekte förderte, https://de.wikipedia.org/wiki/New_Deal

5) hunderttausende Arbeiter*innen leisteten gegen den faschistischen Militärputsch von General Franco massenhaft Widerstand und vor allem die anarchosyndikalistische Basisgewerkschaft CNT machte sich direkt daran, die soziale Revolution in selbstverwalteten Betrieben und freien Kommunen Wirklichkeit werden zu lassen – bis zur Niederschlagung durch einerseits stalinistische und andererseits faschistische Truppen im Jahr 1939, was die Diktatur Francos (bis 1975) zur Folge hatte,

https://de.wikipedia.org/wiki/Anarchismus_in_Spanien#Anarchistische_Pr%C3%A4senz_im_Spanischen_B%C3%BCrgerkrieg

6) während der sozialrevolutionären und subkulturellen Protestwelle im Mai 1968 waren in Frankreich etwa 50 Unternehmen von streikenden Arbeiter*innen besetzt worden (https://de.wikipedia.org/wiki/Mai_1968_in_Frankreich) und 1973/74 war der Uhrenhersteller LIP von der Belegschaft in einem wilden Streik übernommen ([https://de.wikipedia.org/wiki/Lip_\(Uhrenhersteller\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Lip_(Uhrenhersteller)))

7) in der seit 1949 bestehenden Volksrepublik China fanden unter dem marxistisch-leninistischen Diktator Mao Zedong mehrere wirtschaftlich-kulturelle und gewaltsame Umbrüche mit Millionen Todesopfern statt, https://de.wikipedia.org/wiki/Volksrepublik_China

8) nach dem Putsch gegen die Februarrevolution von 1917, herrschte in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) das Terrorregime der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) unter den Diktatoren Lenin und Stalin, bevor es 1991 zusammenbrach, <https://de.wikipedia.org/wiki/Sowjetunion>

9) Der Syndikalismus setzt sich dafür ein, dass alle in unabhängigen Basisgewerkschaften und lokal-regionalen Föderationen weltweit organisierten Arbeiter*innen selbstbestimmt Produktion, Verteilung und Konsum des gesellschaftlichen Bedarfs an Gütern und Dienstleistungen organisieren. Der Anarchosyndikalismus tut dies im Sinne eines herrschaftsfreien Kommunismus (nach Pjotr Kropotkin), <https://de.wikipedia.org/wiki/Anarchosyndikalismus>

10) wie im Godesberger Parteiprogramm der bundesdeutschen Sozialdemokratie, das 1959 zur Abkehr vom Ziel des Sozialismus und zur Anerkennung von Marktwirtschaft und Militarismus führte, https://de.wikipedia.org/wiki/Godesberger_Programm

11) z.B. die von der NATO gestützte „Obristen“-Diktatur des griechischen Militärs (1967-'74), https://de.wikipedia.org/wiki/Griechische_Milit%C3%A4rdiktatur

12) US-amerikanische gewaltfreie Basisgewerkschafterin, Feministin und Umweltaktivistin (1949-'97), die 1990 bei einem

Bombenanschlag auf ihr Auto schwere Verletzungen erlitt,
https://de.wikipedia.org/wiki/Judi_Bari

13) Industrial Workers of the World, eine weltweite, unionistische Basisgewerkschaft,
https://de.wikipedia.org/wiki/Industrial_Workers_of_the_World

14) internationales Netzwerk von anarchistisch beeinflussten, ökologischen Gruppen für gewaltfreie, direkte Aktionen,
https://de.wikipedia.org/wiki/Earth_First!

15) ursprüngliche (autochthone), meist rassistisch diskriminierte Kulturgruppen, z.B. „First Nations“ in Kanada (https://de.wikipedia.org/wiki/First_Nations), „Native Americans“ in den USA (<https://de.wikipedia.org/wiki/Indianer#Begriff>) oder Sámi in Skandinavien (https://de.wikipedia.org/wiki/Indigene_V%C3%B6lker_Europas)

16) widerständisches Protestcamp im US-Reservat der „Great Sioux Nation“, das 2016/17 mit direkten Aktionen die Erdöl-Pipeline der Firma „Dakota Access“ zu verhindern versuchte,
https://de.wikipedia.org/wiki/Standing_Rock_Reservation#%C3%96leitung_Dakota_Access_Pipeline

17) von der staatssozialistischen Sowjetunion (UdSSR) beeinflusste Länder vor allem in Osteuropa und Asien, die sich 1949-1991 auch im „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) zusammengeschlossen hatten, https://de.wikipedia.org/wiki/Rat_f%C3%BCr_gegenseitige_Wirtschaftshilfe

18) ein 1917 in England, aber auch in Österreich und Deutschland entstandene Selbstverwaltungsbewegung zur sozialistischen Wirtschaftsreform nach Vorbild der mittelalterlichen Gilden (wirtschaftliche Schutzverbände),
<https://de.wikipedia.org/wiki/Gildensozialismus>

19) Anfang Mai 1936 beschloss der Bundeskongress der spanischen Basisgewerkschaft „Confederación Nacional del Trabajo“ (CNT) ein Konzept des freiheitlichen Kommunismus, nach dem die freien Kommunen und die wirtschaftlichen Vereinigungen (Syndikate) der Arbeiter*innen nach einer sozialen Revolution die Grundlage der Gesellschaft bilden sollten, was sie bereits einen Monat später umsetzten, trotz des Spanischen Bürgerkriegs gegen den Militärputsch Francos,
https://de.wikipedia.org/wiki/Confederaci%C3%B3n_Nacional_del_Trabajo#Zweite_Spanische_Republik

20) in ihrem Buch „Parecon“ („Participatory Economics“) entwarfen sie 1991 eine „Mitbestimmungswirtschaft“ zur gesellschaftlichen Teilhabe,
<https://de.wikipedia.org/wiki/Parecon>

Dieser Artikel ist auch als **PDF (209 kB)** erhältlich:

<http://asn.blogsport.de/images/GreenNewDealOekosyndikalistischeAlternative.pdf>



Unser neuer Blog:

<http://asnkoeln.wordpress.com>

... und die alten:

<http://asn.blogsport.de>

<http://anarchosyndikalismus.blogsport.de>

**Anarchosyndikalistisches
Netzwerk – ASN Köln**

asn-koeln [at] riseup.net

**Gifte, Staub
und
Strahlen -
wer muss
dafür zahlen?**



Vorsicht: Arbeit kann die Gesundheit gefährden!

Anarchosyndikalistisches Netzwerk - ASN Köln